

Südostfälische Volkszeitung

Wochentl. Blatt für Sachsen mit Ausnahme der Kreise u. Städte
Dresden, Bautzen, Görlitz, Zittau, Bautzen, 2 Kr. 55 h
Gesamtkosten. Bei all. ausw. Bautzener Zeitungen gesetzlich eingetragen.
Abonnement-Nr. 11-12 Uhr

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Aufsätze werden als Spaltart, Beiträge oder deren Name mit
15 J. Zeitung m. 50 J. die Zeile, beschr. d. Weise bedarf, Antritt
Geboten zu werden. Abdruck und Veröffentlichung. Dresden
Vilbacher Straße 48. Herausgeber. Nr. 1886.

Bur „Entwirrung“ in Ungarn.

Vor Freude über den Sieg hat man am Dienstag die Kugel ausgezogen, welche die Minister bei ihrer Ankunft aus Wien vom Bahnhof in die Stadt fahren wollten. Diesen imponiert das, andere finden darin einen Trick der Drahtzieher, welche mit dieser bestellten Ovation für die Koalitionsführer dem Volke und der Krone imponieren wollen. Darin liegt ja die Kunst der Künstler, nach oben spielen sie die Nachgiebigen, nach unten lassen sie sich als die Unbesiegten preisen. Es ist bedauerlich, daß fast die gesamte Presse Deutschlands sich durch diese Taschenpielerie täuschen ließ. Man liest überall von dem Sieg der Krone und von der Unterwerfung der Koalition. Und doch ist das unrichtig, wie wir bereits wiederholt in betreffenden Artikeln (Politische Rundschau) uns ausgesprochen. Horn soll, das mag unbestritten bleiben, kann sich die Krone den Sieg zuschreiben; sie bekommt die Rekruten, die Steuern, das Budget pro 1905 und 1906, die Handelsverträge und die Idemnität für die „ungeeigneten“ Maßnahmen der Minister Eisner und Fejervary, kurz alles, was die Opposition bis jetzt hartnäckig verweigert hatte. Warum lenkte die Koalition ein? Warum übernahm sie auf einmal die Leitung des Staates? Dazu hatte sie gar triftige Gründe; es stand die Hegemonie des Magyarentums auf dem Spiele.

Das allgemeine Wahlrecht ist beschlossene Sache. Darauf ist nichts zu ändern. Von der Durchführung hängt nun alles ab. Die Wahlgeometrie kann diesem Stachel im Fleisch des Dualismus die Spitze abbrechen. Das aber kann nur ein Koalitionskabinett tun. Die Durchführung der Wahl nach den Gesetzen der Gerechtigkeit hätte den nicht-magyarischen Völkerstaaten zu einer großen Anzahl Mandataten verholfen, die wohl den magyarischen die Wage gehalten, wenn nicht gar sie übertrifft hätten. In diesem Moment der Not lag der Koalition alles daran, in den Besitz der Verwaltung und der Macht zu kommen. Sie verzichtete wohl momentan auf Forderungen, da sie genau weiß, daß ihr, wenn sie eine Zeitlang die Regierung innegehabt und ihre Position im Lande festgestellt hat, die Erfüllung derselben von der Krone nicht abgeschlagen werden kann. Damit wird dem Dualismus eine ganz bestimmte Frist gesetzt. Über das Jahr 1917 hinaus kann von dem Fortbestande des selben nicht mehr die Rede sein, und man hat in Österreich allen Grund, dieser Eventualität flaren und ruhigen Auges entgegenzublicken. Es wäre das Törichteste, was geschehen könnte, wollte man sich dort einer kindischen Freude darüber hingeben, daß die magyarische Opposition nunmehr Rekruten und Handelsverträge bewilligt.

Selbst dem offiziösen Wiener „Fremdenblatt“, das beruhmthäufig sich freuen muß, wenn man sich maßgebenderseits freut, ist der Jubel der liberalen Presse zu erg. Es schreibt: „Es tut jedoch nicht gut, den Inhalt des Friedens, der zwischen Ungarn und seinem Herrscher heute vereinbart worden ist, durch den Jubel zu recht fertigen, mit welchem die Kund von der Friedensschließung aufgenommen wurde.“

Eine ganz traurige Rolle spielt bei der Entwirrung die katholische Volkspartei Ungarns. Die Konstaterung ist ungemein, aber sie muß gemacht werden. Daß die Volkspartei, die, indem sie sich der Koalition anschloß, alle ihre Gründächer über Bord warf, jetzt als Belohnung den ehrwürdigen „Vater“ Wederle als Premier bekommt, ist eine Art Vergeltung. So schlicht, was als Tragödie begonnen hat, eigentlich mit einem heiteren Zug. Das Wiener „Vaterland“ gibt interessante Details zu dieser „Vergeltung“. Gegen den Ministerpräsidenten Wederle, so schreibt das Blatt, wurde die Volkspartei gegründet, und jetzt muß sie mit Wederle zusammen das seinerzeit von ihm und jetzt von ihr angerichtete Unheil gutmachen. Die ungarischen Katholiken und zumal die geistlichen Herren werden gewiß

recht verdutzt. Herrn Dr. Wederle kann in Atem mit dem Grafen Aladar Zichy als Ministerkollegen aufmarschiert sehen. Sie müssen auch gewissenhafterweise fragen: Ja, hat Dr. Wederle die Revision der kirchenpolitischen Gesetze versprochen? . . . Der Vater des Volksparteiministers im dritten Wederle-Kabinett — der Dreier spielt bei „Brüder“ eine gewisse Rolle — hat, als man ihn entsetzt fragte, wie die Volkspartei zu ihrer Politik gegen den apostolischen König komme, erklärt: „Seine Majestät soll fühlen, wie sehr er uns Katholiken mit der Sanction der kirchenpolitischen Gesetze getan.“ Letztere ist dem Monarchen wahrscheinlich nicht leichter gefallen, und das hierzu allein beruhende Haupt der Kirche hat es ihm nicht „fühlen lassen“. Die Volkspartei hat es allerdinge getan. Für diese Annahme ist die Vergeltung da: der oberste Erpresser der kirchenpolitischen Gesetze ist der Kabinettschef eines weniger glücklichen volksparteilichen Erpressers der Kommandosprache. Wird jetzt der groß-Schmerz über die kirchenpolitischen Gesetze geheilt sein und das ausreichende Pfaster gefunden haben?

Wenn es noch einen österreichischen Patrioten geben sollte, der an unseren Worten zweifelt, möge er die stolze Sprache hören, die jetzt die Minister in Osten-West führen. Der neue Handelsminister Franz Kossuth hießt von dem Eisenbahnhafen herab, der ihn von Wien brachte, am Montag in Pest an die versammelte Volksmenge die Rede eines siegesberaubten Volkstribunen. Er sprach davon, nicht er werde sich dem Ministerfauteil, sondern der Fauteil müsse sich ihm anpassen. Nachdem dies aber auch die Fauteile in Ungarn nicht können, ist darunter nur das eine zu verstehen, daß derjenige, der Herrn Franz Kossuth in den Ministerfauteil gesetzt hat, sich dem Herrn Kossuth und nicht dieser ihm anpassen müsse. Und der hoffnungsvolle Handelsminister fuhr fort:

„Es ist unser fester Entschluß, die ungarische Nation in den Besitz jener großen Schöne zu bringen, durch welche Sie Herrin des eigenen Schicksals werden kann. Es ist unser Entschluß, das allgemeine Stimmrecht zu verwirken, natürlich mit einer Vorsicht, mit jenen Rücksichten, welche es garantieren, daß der magyarische Staat niemals etwas anderes als der magyarische Staat sein wird. Wenn dies einmal geschehen ist, wird die Nation in höherem Maße über ihr eigenes Schicksal entscheiden können, als sie es bisher tun konnte, denn dann wird niemand sagen können, daß dasjenige, was die Nation will, was sodann die Gesetzgebung wollen wird, nicht der Wunsch der wahren Nation sei, wie es bis jetzt gesagt werden konnte. Es wurde uns der Ruhm zu teil, daß der König die Wahrheit anerkannte, wonach die Führer der Nation das Schicksal der Nation zu lenken haben.“

Herr Franz Kossuth hat es eilig, vor aller Welt eine Besehnigung darüber auszustellen, daß diejenigen recht hatten, welche in dem Friedensschluß mit den Magyaren nichts anderes sahen als eine Gefangenengabe der Monarchie an das reichsfürstliche Magyarentum auf Gnade und Gnade. Die „Führer der Nation“ und nicht der König mehr haben künftig — wie Herr Franz Kossuth ohne mildernde Umschreibung sagt — das Schicksal der Nation zu leiten.

Die Wederle, Kossuth und Apponyi werden sich auch, wie sie heute schon selbst rund heraus sagen, darauf verstehen, daß allgemeine Wahlrecht so zu verballhören, daß nur der ungarische Radikalismus daraus gewinnen wird und dann werden sie vor den Monarchen hintreten und sagen: „Da hast du, was du gewollt hast: Die Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht. Das Ergebnis, die allgemeine Stimme des Volkes, ist für uns und nun bleibt dir nichts anderes übrig, als dein Versprechen einzulösen, diesen Willen anzuerkennen und alles das zu gewähren, was wir für die Errettung der Monarchie und die Verstärkung des habsburgischen Erbes notwendig halten!“

Politische Rundschau.

Dresden, den 11. April 1906.

Das Behinden des Reichskanzlers läßt den Krieg immer noch Besorgnis ein. Sie haben, wie von gestern gemeldet wird, dem Fürsten Bülow große Schonung aufgelegt, damit die geplante Erholungsreise, für welche sich die Kriegs ihre Entscheidung noch vorbehalten haben möglicherweise bald angetreten werden kann. Ein besonderer Stellvertreter wird für die Urlaubszeit nicht bestellt, vielmehr wird Fürst Bülow von einem vortragenden Rate begleitet werden und die laufenden Geschäfte selbst erledigen. Diese Umsttzt überzeugt uns von der Richtigkeit unserer Annahme, daß es sich nicht um einen bloßen Ohnmachtsanfall gehandelt hat. In letzterem Falle würde die Bestellung eines Stellvertreters während der Urlaubszeit gar nicht in Betracht gezogen zu werden brauchen.

Zum Unterstaatssekretär für das neue Reichskolonialamt ist nach Berliner Blättern der Diplomat im Auswärtigen Amt Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. v. Schwartzenkoppen in Aussicht genommen. Der für diesen Posten mehrfach genannte Geheimer Legationsrat Dr. Seitz wird als Nachfolger des Herrn von Butkamer Gouverneur von Kamerun werden. Als voraussichtlicher Diplomat im Reichstag für die Personalien darf Geheimer Legationsrat von König angelehen werden.

Dem preußischen Abgeordnetenhaus ging am Dienstag die Begründung zum Gesetzentwurf bei. Erweiterung, Verbesserung und besserer Ausstattung des Eisenbahntarifes.

Die Eisenbahntarifreform gesichert. Wie der „März. Allg. Zeit.“ aus Berlin mitgeteilt wird, wurden bei der Berliner Konferenz der Vertreter sämlicher deutschen Eisenbahndirectionen die Vorschläge des preußischen Eisenbahnministeriums im Prinzip angenommen. Die Einführung des neuen Tarifs ist vor dem 1. April 1907 nicht zu erwarten.

Nochmals die Wollfische Depesche aus El Ferrol! Wie die Zentral-Auskunftsstelle der kath. Presse (Coblenz) mitteilt, gibt es in El Ferrol gar keine Lehren, keine Kirche und keine Residenz derselben, gegen die die Missionare vorgegangen seien sollen. Zum übrigen ging eine verhexte Bande bereits gegen die Missionäre vor, bevor diese die Volksmission begonnen und den Weichtuhr noch gar nicht betreten hatten.

Mit der Einführung der Anwesenheitsgelder ist eine Änderung der Verfassung notwendig. Wie aus der amtlichen Notiz des „Reichsangebers“ über die letzte Sitzung des Bundesrates hervorgeht, hat der Bundesrat „die Vorlagen betreut, die Abänderung der Artikel 28 und 32 der Reichsverfassung und die Gewährung einer Entschädigung der Mitglieder des Reichstages den Ausschüssen überwiegen.“ Nun sagt Artikel 32 der Verfassung: „Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Bejoldung oder Entschädigung beziehen.“ Die Abänderung dieses Paragraphen bei der Einbringung einer Drittenvorlage ist selbstverständlich. Anders steht es mit dem Artikel 28, der wie folgt lautet: „Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlusshafung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich.“ Mit der Gewährung von Anwesenheitsgeldern ist es nicht wesentlich verbunden, nun auch den Artikel 28 zu ändern, aber man sucht allem Anschein nach eine erhöhte Beschlusshafung des Reichstages nicht nur durch die Gewährung von Diäten zu erreichen, sondern auch dadurch, daß man die Beschlusshafigkeitsziffer des Reichstages allgemein oder für bestimmte Beschlüsse herabsetzt. Konservative Organe sehen sich bereits sehr stark zur Wehr. Die „Kreuzzeitung“ hält eine Herabsetzung der Beschlusshafigkeitsziffer nicht für ganz unbedenklich, da sie unter

Alles, aber auch alles, was Haecel bei der Berührung physikalischer Fragen sagt, erklärt und behauptet, ist falsch, beruht auf Wissenslücken oder zeigt von einer kaum glaublichen Unkenntnis der elementarsten Fragen. Selbst von dem Geiste, welches er selbst als „Leitstern“ seiner Philosophie proklamiert, besteht er nicht die elementarsten Schullkenntnisse. Und mit solcher totaler Unkenntnis ausgerüstet, hält er es für möglich, das Fundament der modernen Physik, die kinetische Substanztheorie, für „unabbaubar“ zu erklären und zu behaupten, daß eine der großartigsten, vielleicht die grohartigste Errungenschaft menschlichen Geistes, das Entropiegesetz oder der zweite Hauptsatz der Thermodynamik, „aufgegeben“ werden muß!

Wohl selten hat sich ein anderer Schriftsteller etwas derartiges sagen lassen müssen, wie hier Haecel von einem anderen Naturforscher. Damit aber ist über ihn endgültig der Stab gebrochen. Chwolson schlägt mit Recht nun auch von dem physikalischen auf den übrigen Inhalt des „Welträtsel“ und sagt: „Mit Sicherheit dürfen wir wohl behaupten, daß er sich in gleicher Weise zu den zahlreichen anderen Wissenschaften verhalten hat, die in seinen Werken besprochen oder auch nur gestreift werden.“ Und in der Tat, Philosophen haben gezeigt, wie windig es um seine Erkenntnistheorie steht und daß er Kant und Spinoza nicht verstanden hat. Theologen wiejen ihm größte Ignoranz und Gewissenlosigkeit in theologischen Dingen nach. Rütimeyer und His deckten seine embryologischen Fälschungen auf, und wie es auf seinem

Gaekel und sein Monismus sind wissenschaftlich gerichtet.

Soeben erschien ein Buch des Petersburger Physikers Professor D. D. Chwolson: „Hegel, Gaekel, Kossuth und das 12. Gebot.“ (Braunschweig, Dr. Vieweg, 1906, 1,60 Mk.). Als 12. Gebot bezeichnet der Verfasser den Satz: „Du sollst nie über etwas schreiben, was du nicht versteht.“ Er weist schlagend nach, daß Gaekel hiergegen in physikalischen Dingen auf das größte gesetzt hat. Was Gaekel vom „Aether“ sagt, nimmt Chwolson „wissenschaftlich ebenso wertlos wie das Lallen eines Kindes“. Vor allem aber erörtert er eingehend Gaekels „Substanzgesetz“; so nennt lechterer eine Zusammenfassung der Gesetze von der Erhaltung der Masse und der Erhaltung der Energie, eine Zusammenfassung, von welcher die Physik nichts weiß. Chwolson zeigt nun, daß Gaekel diese physikalischen Gesetze überhaupt nicht verstanden hat, ja daß er nicht einmal den heute so wichtigen Begriff der „Energie“ richtig erfaßt hat. Chwolson führt 21 Sätze physikalischen Inhalts aus Gaekels „Welträtsel“ an und beweist, daß alle falsch sind. Von dem hochbedeutenden zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, dem sogenannten „Entropiegesetz“, hat Gaekel keine Ahnung und trotzdem wagt er zu behaupten, die Physik müsse es aufgeben, denn es widerprüfe dem ersten. Chwolson erklärt, wenn der Physiker so etwas höre, so ergreife ihn „Empörung, Erbitterung, Zweifel am gefundenen Menschenverstand“. Er fragt: „Was bewirkt Gaekel, sich so unsterblich zu bla-

ben?“ und er antwortet: „Der zweite Hauptsatz muß falsch sein, da er, trivial ausgedrückt, dem Autor nicht in

seinen Kram paßt, d. h. da er sich in das System der elementarsten Philosophie nicht einfügen läßt, und ihr widerspricht.“

Hierin liegt nun aber auch die größte Bedeutung der Untersuchung Chwolsons; denn es handelt sich hierbei nicht etwa um einige kleine nebensächliche Dinge, sondern um die ganze Grundlage des Gaekelschen Monismus. Gaekel hat es selbst gesagt, daß derselbe auf seinem famousen „Substanzgesetz“ beruht, mit ihm allein wollte er — wie er freilich nie gesagt — drei von Du Bois-Reymonds großen Welträtseln (das Wesen von Kraft und Stoff und die Entstehung der ersten Bewegung und des Bewußtseins) lösen, ja, er nennt dieses „Gesetz“ den „Leitstern“ seines Monismus. Und nun sehen wir, daß dieses „Gesetz“ in sich zusammenbricht wie ein Kartengebäude, wir hören, daß sein Erfinder nicht einmal die elementarste Kenntnis der einschlägigen Begriffe hat, so daß Chwolson das überaus zarte Wort ausspricht: „Alles, was er über die „Grundlage“ und den „Leitstern“ seiner Philosophie sagt, ist einfach total falsch, ist auf Wissenslücken begründet und von jenem speziellen Phrasengeiste erfüllt, den wir oben charakterisiert haben. Wehe dem Gymnasialen, der in solchem Maße das Energiegesetz falsch erklären würde!“

Die hochinteressante Untersuchung Chwolsons führt zu folgendem Gesamtergebnis: Das Resultat unserer Unter-

suchung ist entschiedlich, man darf wohl sagen — haarsträubend.